



Interviews

Informationen am Morgen

Datum: 15.12.2023

Interview mit Stephan Kramer, Verfassungsschutz Thüringen, zu: Hamas-Terror?

Philipp May: Es war eine Meldung gestern Nachmittag, die für Unruhe gesorgt hat. Die Bundesanwaltschaft hat vier Mitglieder der Terrororganisation Hamas festgenommen beziehungsweise festnehmen lassen wegen Terrorverdacht. Sie sollen offenbar vorgehabt haben, Anschläge auf Jüdinnen und Juden zu verrichten.

Reden wir darüber. Stephan Kramer ist seit 2015 Präsident des Verfassungsschutzes in Thüringen. Davor war er zehn Jahre lang Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland. Jetzt ist er am Telefon. Schönen guten Morgen, Herr Kramer.

Stephan Kramer: Schönen guten Morgen, Herr May.

May: Ein Hamas-Anschlag auch in Europa, in Deutschland, ist das nur noch eine Frage der Zeit?

Kramer: Wir haben jetzt konkret gesehen, dass auch schon konkrete Planungsmaßnahmen durchgeführt worden sind, die uns glücklicherweise vorher bekannt geworden sind. Insofern auch der Erfolg gestern. Das zeigt noch mal ganz deutlich, was Thomas Haldenwang und ich und andere Verfassungsschützer auch sehr deutlich gesagt haben. Die Gefahr ist immanent, sie ist sehr hoch und sie wird immer konkreter.

May: Können Sie uns einen Einblick in die Dimension geben? Wie sehr ist die Gefahr angestiegen?

Kramer: Schauen Sie, wir hatten auch schon früher antisemitische Ausschreitungen, insbesondere aus der neuen rechten Szene, aber wir haben es seit dem 7. Oktober im Grunde genommen mit einer neuen Welle des Dschihad, des islamistischen Terrors, nicht nur im Nahen Osten, sondern vor allen Dingen auch in Europa und in der Welt zu tun, denn die Dschihadisten haben ganz klar zu Anschlägen aufgerufen gegen Jüdinnen und Juden, aber auch die westlichen Unterstützer.

May: Kann man sagen, dass Europa vom Rückzugsraum zum Operationsgebiet der Hamas geworden ist?

Kramer: Das ist in der Tat eine neue Schlussfolgerung, die wir ziehen müssen, wenn wir uns die Entwicklung gerade auch der letzten Wochen noch mal anschauen. Das hängt sicherlich aber auch mit der Eskalation zusammen durch diese neue Welle des Terrors, so dass wir uns da auf eine ganz neue Gefährdungslage einstellen müssen.

May: Wir haben in den letzten Jahren gerne immer in diese Richtung gefragt, wenn wir mit Verfassungsschützern zu tun hatten. Hat man in Deutschland anlässlich der islamistischen Gefahr zu wenig auf Rechtsextremismus geschaut? Jetzt wieder anders herum: Muss man den militanten Islamismus wieder stärker in den Fokus nehmen?

Kramer: Wir haben den in den letzten Jahren immer im Fokus gehabt, aber natürlich sind auch Ressourcen in Nachrichtendiensten immer nur endlich und orientieren sich an der Priorisierung, an konkreten Gefährdungssachverhalten. Aber wir haben den Islamismus nie aus dem Blick verloren, weswegen wir jetzt auch – ich drücke es mal vorsichtig aus, ohne konkret zu werden – sehr nah dran sind. Es gibt keinen Grund für Hochgefühle im Moment. Es ist uns gelungen, einige wenige aufzudecken. Wir sind dort weiter dran. Aber wir fürchten alle – und das aus gutem Grund -, dass das nicht die letzten Versuche gewesen sein werden.

May: Kann man die Hamas aus Europa draußen halten, beispielsweise durch eine restriktive Einwanderungspolitik?

Kramer: Da gehört nicht nur die Einwanderungspolitik dazu - ich denke, das ist ein Schauplatz -, sondern es geht darum, die Organisationen zurückzudrängen, was ihr Organisationsgefüge, was die Sammlung von Geldern, von Unterstützern angeht. Das ist im Grunde genommen ein Klima, das wir verändern müssen, damit solche Islamisten und Terroristen in Europa, aber gerade auch in Deutschland gar keinen Boden haben, auf dem sie wachsen können, und da kann man sicherlich einiges mehr tun.

May: Das heißt, was kann man da tun? Verbote, nehme ich mal an?

Kramer: Verbote sind eins, aber wie gesagt, darüber redet man nicht. Die verhängt man und führt sie durch. Aber es geht auch darum, durch politische Bildung, durch weiche Faktoren –

da geht es gar nicht mal so sehr um Repressionen – einen Boden, ein Klima zu erzeugen, in dem diese Gruppierungen nicht wachsen können. Dafür ist es jetzt ein bisschen spät, gebe ich zu, da hätte man früher mehr tun können, aber das sollte man jetzt trotzdem nicht lassen, weil das Schlimmste, was uns jetzt passieren kann, ist, dass Muslime, die bisher mit keiner Radikalisierung zu tun hatten, möglicherweise aus Frustration, aus Emotionalisierung auf diesen Zug aufspringen und sich damit erst jetzt radikalieren und im Grunde noch mehr in dieses Lager hinüberwechseln. Deswegen ist es auch so wichtig, dass wir nicht den Rechts-extremisten auf den Leim gehen, die uns jetzt klarmachen wollen, daran sind nur Flüchtlinge und Muslime in Deutschland schuld. Das ist nicht der Fall. Wir reden hier über islamistischen Terrorismus.

May: Ganz kurz. Bevor wir darüber weiterreden, würde ich noch mal auf den Anfang Ihrer Antwort zurückkommen. Sie haben gesagt, über Verbote redet man nicht, die verhängt man. Genau das ist ja passiert. Es wurde sehr lange ganz am Anfang des 7. Oktobers das Verbot einer muslimischen, islamistischen Organisation angekündigt und dann hat es zwei Wochen gedauert, glaube ich, bis das Verbot tatsächlich verhängt wurde.

Kramer: Zu dieser ganzen Geschichte gehört dazu: Es war ein politisches Statement, eine Reaktion auf den 7. Oktober. Insofern verständlich. Wir sollten uns in Erinnerung rufen an dieser Stelle, dass die Hamas schon seit Anfang der 2000er-Jahre auf einer Terror-Verbotsliste der EU gestanden hat. Es liegt schon viel weiter zurück, dass man etwas aktiver noch hätte gegen sie unternehmen können, und auch die Verfassungsschutzämter, die damit befasst gewesen sind, haben sie nicht nur im Blick gehabt, sondern immer wieder darauf hingewiesen. Das reicht schon viel länger zurück, dass im Grunde genommen nichts getan wurde oder nichts Repressives getan wurde, man sie hat gewähren lassen, und dass man es jetzt tut und dass man darüber gesprochen hat, dafür habe ich Verständnis, auch wenn es unprofessionell ist, weil man ein Statement nach dem 7. Oktober klarmachen wollte.

May: Schauen wir auf das allgemeine Klima, Herr Kramer. Würden Sie sagen, für Juden in Deutschland war es seit 1945 nicht mehr so gefährlich wie heute?

Kramer: Ich neige sonst nicht dazu, zu dramatisieren, weil das bringt uns alle nicht weiter, sondern man muss das realistisch sich anschauen. Aber ja, es ist so. Wir haben eine Stufe des Antisemitismus, des islamistischen Antisemitismus im Moment erreicht, die es so vorher nicht gegeben hat und auf die wir uns entsprechend nicht nur als Sicherheitsbehörden, als Gesellschaft, sondern auch als jüdische Gemeinschaft noch mal neu einstellen müssen.

May: Das ist gerade zurzeit die Frage, wenn wir über Antisemitismus sprechen, was momentan die größere Gefahr ist. Ist es der Antisemitismus in Deutschland, der immer da war, oder ist es jetzt wirklich ganz konkret die Gefahr des sogenannten importierten islamistischen Antisemitismus. Ist das gerade die größte Gefahr, der Sie als Verfassungsschützer begegnen?

Kramer: Wenn es um den Antisemitismus und die Blickwinkel in die jüdische Gemeinschaft geht, dann ist es der aktuelle Antisemitismus aus dem Bereich Islamismus. Aber ich will noch mal darauf hinweisen: Hier geht es nicht nur um ein Problem für Jüdinnen und Juden, ob in Deutschland oder weltweit, sondern es geht auch um die westlichen Unterstützer, es geht um die liberale westliche Werteordnung, die hier von diesen islamistischen Terroristen bekämpft werden. Deswegen ist das eine Gefährdungslage momentan, die die gesamte Bundesrepublik und alle Bürgerinnen und Bürger betrifft.

May: Können Sie Jüdinnen und Juden guten Gewissens gerade zuraten, beispielsweise jüdische Symbole in Deutschland überall sichtbar zu tragen?

Kramer: Ob man sie im Einzelfall sichtbar tragen sollte, das ist eine langwierige Diskussion, die wir auch schon früher geführt haben. Das muss jede und jeder für sich selber entscheiden. Grundsätzlich kann ich nur sagen, ist vielleicht im Moment keine gute Idee. Das soll aber nicht heißen, dass man nicht in jüdische Gemeinden geht, die sicher sind, dass man nicht an jüdischen Festivitäten wie jetzt Chanukka teilnimmt. Genauso sage ich aber auch den Bundesbürgerinnen und Bürgern, es gibt überhaupt keinen Grund, nicht auf Weihnachtsmärkte zu gehen. Gleichwohl sage ich, natürlich ist das ein beliebtes Ziel für Dschihadisten. Aber es gibt Sicherheitskonzepte und auch die Sicherheitsbehörden tun ihr Möglichstes. Was wir jetzt nicht tun dürfen ist, uns im Keller verstecken, einschüchtern lassen. Dann erreichen wir genau das, was die Terroristen momentan wollen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.